

„Als wir wissen wollten, welche Institute an Rüstungsforschung beteiligt sind, bekamen wir keine Antwort“

ASTA-REFERENT VINCENT LINDNER

Asta Göttingen sucht Kriegsforschung

ZIVILKLAUSEL Die Uni Göttingen diskutiert mit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, ob Armutsbekämpfung und Klimaschutz Frieden bringen. Der Gastgeber tut sich schwer, sich zu friedlicher Forschung zu verpflichten

AUS GÖTTINGEN KAREN GRASS

Das Thema Zivilklausel etablieren. Viel mehr wollte Cornelia Seiberl mit ihrem Plädoyer für eine Zivilklausel an der Universität Göttingen gar nicht erreichen. Trotzdem war die Referentin für Politische Bildung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (Asta) aufgeregt. Immerhin sollte sie auf der Konferenz „Sicherung der Welternährung und Armutsbekämpfung als Herausforderung für Frieden und Nachhaltigkeit“ vortragen.

Inhaltlich ging es der Psychologiestudentin Seiberl um viel: Seit Sommer arbeitet sie darauf hin, dass an der Georg-August-Universität künftig nur noch für

friedliche Zwecke geforscht wird. Ganz im Geiste der sogenannten Göttinger Erklärung, mit der 18 Physiker um Carl Friedrich von Weizsäcker 1957 gegen die atomare Bewaffnung eintraten. Während die Vertreter der Universität bei der Kooperationsveranstaltung mit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) nun durchaus reflektiert über die Verantwortung des eigenen Forschungsbereichs sprachen, tut die Uni sich mit einer eigenen Zivilklausel noch schwer. Sie wäre die zwölfte Hochschule in Deutschland, die sich selbst vorgibt, auf militärische Forschung zu verzichten.

„Die Universität ist dem Frieden verpflichtet und fordert die

an ihr tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf, neben der Machbarkeit der Wissenschaft nach Möglichkeit auch deren Folgen mit dem Ziele einer friedlichen Gesellschaft zu berücksichtigen.“ Diese Formulierung soll um den Vorsatz ergänzt werden, dass künftige Rüstungsforschungsprojekte dem Präsidium gemeldet werden sollen.

Doch bisher sieht es so aus, als werde der Senat den Entwurf nur ins Leitbild statt in die Grundordnung einbringen. So bestünde keine verbindliche Meldepflicht, eher eine Empfehlung. Dabei will der Asta Göttingen gar nicht so wahnsinnig viel – es sollen nur solche Forschungsvorhaben durch die Klausel abgedeckt wer-

den, die direkt von militärischer oder quasimilitärischer Seite aus finanziert werden. Welche Unternehmen darunter fallen sollen, dafür haben die Studierenden noch kein konkretes Konzept. „Aber genau dafür wäre eben auch der Diskurs unter den Studierenden und an der gesamten Uni wichtig“, sagte Cornelia Seiberl.

In den umliegenden Konferenzräumen diskutierten Fachleute verschiedener Universitäten und Verbände wie die Welt hungerhilfe über die Bekämpfung von Armut, die künftige Welternährung und die Bedeutung von Artenvielfalt und Klimaschutz. Bereiche, in denen alle Anwesenden noch viel For-

schungsbedarf sahen und mit dem Nachhaltigkeitsexperten Ernst Ulrich von Weizsäcker einig waren: Die Wissenschaft hat hier die Verantwortung, Lösungen für eine faire, friedliche Welt zu erarbeiten.

Bei Seiberls Vortrag gaben sich jedoch einige Zuhörer kritisch, als sie argumentierte: „Eine Zivilklausel macht Forschungsgelder für diese Themen frei.“ Sie bezweifelten, dass die Gelder so umverteilt würden. Außerdem könnten die problematischen Forschungsprojekte auf diese Weise in den intransparenten Privatbereich ausgelagert werden. Doch ebendiese geforderte Transparenz herrscht an der Universität Göttingen auch jetzt nicht. „Als wir wissen wollten, welche Institute an Rüstungsforschung beteiligt sind, bekamen wir keine Antwort“, erklärte Vincent Lindner, ebenfalls im Asta aktiv. Präsidentin Ulrike Beisiegel weiß nur von vereinzelten militärischen Projekten, momentan liegen diese in der Medizin- und Mathematikfakultät, zuvor auch in der Physik. Das stört im Grunde auch Beisiegel selbst, die versucht, offen mit den Studierenden über eine Zivilklausel zu diskutieren. Dennoch solle die Erklärung Anfang nächsten Jahres lediglich in das Leitbild aufgenommen werden, da es „um eine Kulturveränderung, kein autoritäres Regime“ gehe. „Manche Kollegen sähen sonst die Wissenschaftsfreiheit gefährdet“, sagte Ulrike Beisiegel der taz.

Ein Konferenzbeitrag des Philosophie-Professors Julian Nida-Rümelin von der Ludwigs-Maximilian-Universität München beschrieb das Problem treffend: „Dass sich Wissenschaftler unter Verweis auf die Wissenschaftsfreiheit aus der praktischen Anwendung und dem politischen Diskurs heraushalten, passt nicht mehr zum heutigen Forschungsalltag“, sagte er. Denn die Forschung sei anwendungsnaher als je zuvor.

Cornelia Seiberl und Vincent Lindner wollen diesen politischen Diskurs nun selbst angehen. Mit einer neuen Vorlesungsreihe „Krieg und Frieden“, für die sie auf der Konferenz Impulse bekamen, wollen sie das Thema erneut etablieren – diesmal mit Wirkung.



Schon kriegsrelevante Forschung? Oder nur Trockental-Suche in der Antarktis? Jedenfalls können sie sich nicht aus der Debatte um Zivilklauseln heraushalten Foto: George Steinmetz/Agentur Focus

Ernst Ulrich von Weizsäcker

■ 74, ist Sohn des Physikers Carl Friedrich von Weizsäcker und ebenfalls studierter Physiker. Aktuell ist von Weizsäcker Copräsident des International Panel for Sustainable Resource Management. Bekannt wurde er neben langer Tätigkeit als Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie vor allem durch sein Engagement für Nachhaltigkeit als SPD-Abgeordneter im Bundestag.



Foto: Anja Weber

„Die Disziplinierung von Wissenschaft“

KRITISCHES STUDIUM Ernst Ulrich von Weizsäcker fordert von den Universitäten mehr gesellschaftliche Verantwortung und Reflexion. Sonst kann sich Grundlagenforschung in aggressive Militärforschung verwandeln. Die Exzellenzinitiative hat der Kritik geschadet

INTERVIEW KAREN GRASS

taz: Herr von Weizsäcker, 1957 setzte Ihr Vater der friedlichen Wissenschaft ein Denkmal, indem er die Göttinger Erklärung gegen atomare Bewaffnung initiierte. Was ist von diesem kritischen Forschergeist heute noch übrig?

Ernst Ulrich von Weizsäcker: Was das angeht haben wir in den vergangenen zehn Jahren große Rückschritte gemacht – und zwar unter dem Titel Exzellenzinitiative. Das ist die Disziplinierung von Wissenschaft, also das Gegenteil der Wahrnehmung von gesellschaftlicher Verantwortung. Junge Akademiker, die sich über ihr Fach hinaus engagieren, werden dafür bestraft, indem sie weniger Mittel erhalten. Für die Studierenden hat sich der Horizont noch viel stärker verengt.

Gleichzeitig müsste die Wissenschaft heute große Verantwortung tragen – etwa in Sachen Rüstungsforschung. Die Grenze zwischen friedlicher und militärischer Forschung ist fließend, etwa biologischen Waffen. Kann eine Zivilklausel an Universitäten einen passenden Rahmen geben?

Ich halte das grundsätzlich für eine erstrebenswerte Selbstverpflichtung, die aber in der Realität ganz schnell scheitern kann. Ein Beispiel: Die Erforschung von Infektionsgefahren durch natürlich vorkommende Krankheitskeime ist gleichzeitig militärisch relevante Forschung. Denn das Wissen über die Keime kann zur Kriegsführung angewandt werden. Insofern scheint es mir unrealistisch, die Wissenschaft auf eine rein zivile Wirkung festzulegen.

Sie sagten einmal: „Die Erkenntnis der Grenzen des Wachstums ist ein friedensrelevanter Beitrag.“ Glauben Sie wirklich, dass die Menschheit einmal auf Wachstum verzichten kann?

Ich glaube, dass der Konsum irgendwann zurückgehen muss. Während andere Entkoppelungen schon in Gang sind, gibt es nämlich noch immer kein Konzept dafür, wie Wohlstand von Energieverbrauch abgekoppelt werden kann, und das wird ein Problem. Statt sich darüber Gedanken zu machen, propagiert die Politik die Wende zu grüner Energie. Es wird also versucht, den gleichen Stromverbrauch nur ökologisch freundlicher zu machen. Das reicht nicht.

Was passiert, wenn wir daran scheitern, Wohlstand und Wachstum zu entkoppeln?

Die Konfliktpotenziale zwischen den Ländern des globalen Nordens und des Südens, zwischen Energieverbrauchern und Nationen, die Ressourcen, aber kaum Infrastruktur haben, sind gewaltig. Zumal die Folgen unseres ungebremsten Energieverbrauchs zuerst in den ärmeren Staaten ankommen. Die friedenspolitische Notwendigkeit, sich vom Energieverbrauch unabhängig zu machen, ist für mich evident. Ich behaupte, dass es mit einer Verteuerung von Energie möglich ist, ohne seinen Wohlstand aufzugeben. Der Preis sollte parallel mit der Effizienz steigen, so dass pro Monat nicht wesentlich mehr Geld für Licht, Wärme oder Mobilität ausgegeben wird.

Bisher wehren sich energieintensive Wirtschaftszweige erfolgreich gegen höhere Belastungen. Worin sehen Sie den

Beitrag, den Wissenschaft in diesem Zusammenhang leisten kann?

Wir brauchen die Erkenntnis, dass derjenige gewinnt, der zuerst mit einer Abkopplung von der Energie erfolgreich ist: die sogenannten Pioniergewinne. Wenn wir in Deutschland mit teurerer Energie und weniger Verbrauch vorankommen, dann wird es für Südkorea, China, Bolivien hochinteressant, das nachzumachen. Die nötigen Denkanstöße können übrigens genauso gut an Universitäten in Göttingen oder Braunschweig entstehen wie in internationalen Einrichtungen. Wenn das auch in die Reflexion mit den Studierenden einginge, wäre das in der Tat ein Beitrag der Wissenschaft zum Frieden. Denn genau diesen Generationen drohen Kriege um Öl, Wasser oder Seltene Erden